

Puerto Rico verzichtet auf milliardenschwere Klimaklage

geschrieben von Chris Frey | 7. Mai 2025

[Audrey Streb, THE DAILY CALLER](#)

Puerto Rico hat am Freitag seine Klimaklage in Höhe von 1 Milliarde Dollar gegen die Öl- und Gasindustrie zurückgezogen, nachdem die Trump-Regierung zwei Bundesstaaten daran gehindert hat, Schadenersatz für ähnliche angebliche Umweltschäden zu fordern.

In der [Mitteilung](#), eingereicht beim US-Bezirksgericht für den Distrikt Puerto Rico, erklärte die Regierung des Territoriums, dass sie „diesen gesamten Fall freiwillig abweist“, ohne näher zu erläutern, warum. Präsident Donald Trump hat wiederholt die Klimapolitik der Bundesstaaten verurteilt, die sich auf die heimische Energieproduktion auswirken, und am 30. April reichte sein Justizministerium (DOJ) zwei getrennte Klagen gegen [Hawaii](#) und [Michigan](#) ein, nachdem beide Staaten ähnliche Klagen gegen die Öl- und Gasindustrie in Erwägung gezogen hatten.

„Diese Abweisung trägt zur wachsenden Dynamik unter den Bundes- und Staatsgerichten bei, die feststellen, dass Staaten und Gemeinden nicht auf staatliche Gesetze zurückgreifen können, um gegen den Klimawandel zu klagen“, schrieb Theodore J. Boutrous, Jr. von Gibson, Dunn and Crutcher LLP, Anwalt der Chevron Corporation, in einer Erklärung, die der Daily Caller News Foundation zur Verfügung gestellt wurde. „Diese Ansprüche sind durch Bundesrecht ausgeschlossen und müssen nach einem klaren Präzedenzfall des Obersten Gerichtshofs der USA abgewiesen werden.“

Der Antrag auf Klageabweisung wurde „ohne Vorurteil“ eingereicht.

Die Klage, die ursprünglich im Juli 2024 von Puerto Ricos Justizminister Domingo Emanuelli Hernández [eingereicht](#) wurde, warf BP, Chevron, ExxonMobil und einer Reihe anderer Energieunternehmen vor, unfaire und unehrliche Handelspraktiken anzuwenden, indem sie es angeblich versäumten, vor den Umweltrisiken der Nutzung fossiler Brennstoffe zu warnen, so eine [Übersetzung](#) von E&E News.

Der Schritt Puerto Ricos, die Klage fallen zu lassen, kommt nur wenige Tage, nachdem die Trump-Regierung sowohl gegen Michigan als auch gegen Hawaii vorgegangen ist, die zuvor angekündigt hatten, die fossile Brennstoffindustrie zu verklagen. Die Trump-Regierung behauptete, dass die Staaten eine „außerordentliche extraterritoriale Reichweite“ anstrebten.

Trump, der eine entschiedene Haltung gegen staatliche Klimainitiativen einnimmt, welche die heimische Energieproduktion behindern könnten, [unterzeichnete](#) am 8. April eine Verfügung, die den Generalstaatsanwalt

anweist, „alle staatlichen und lokalen Gesetze, Verordnungen, Klagegründe, Richtlinien und Praktiken“ zu identifizieren, die „verfassungswidrig“ sein oder die Energieproduktion „belasten“ könnten.

„Eine erschwingliche und zuverlässige inländische Energieversorgung ist für die nationale und wirtschaftliche Sicherheit der Vereinigten Staaten sowie für unsere Außenpolitik von wesentlicher Bedeutung“, heißt es in der Anordnung. „Einfach ausgedrückt, sind die Amerikaner besser dran, wenn die Vereinigten Staaten die Energieversorgung dominieren.“

Hawaii reichte seine [Klage](#) gegen mehrere große Ölgesellschaften nur wenige Stunden nach der Klage des DOJ gegen den Staat ein. Beamte aus Hawaii verurteilten die Klage des DOJ in einer [Pressemitteilung](#) vom 1. Mai.

„Wir sind den Menschen in Hawaii gegenüber verpflichtet, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um gegen die betrügerischen Praktiken dieser Unternehmen für fossile Brennstoffe vorzugehen, welche die öffentliche Gesundheit, die natürlichen Ressourcen und die Wirtschaft von Hawaii aushöhlen“, sagte Hawaiis Generalstaatsanwalt Lopez in der Mitteilung. „Die vom Justizministerium eingereichte Bundesklage versucht, Hawaii daran zu hindern, die fossile Brennstoffindustrie für betrügerisches Verhalten verantwortlich zu machen, das Hawaii durch den Klimawandel geschädigt hat“, fuhr er fort.

Das American Energy Institute (AEI) forderte die Gouverneurin von Puerto Rico Jenniffer González-Colón in einem [Schreiben](#) vom 25. April auf, die Klage fallen zu lassen: „Die Klimaklage droht, den vernünftigen Ansatz Ihrer Regierung zu gefährden. Die Klimakläger treiben eine im Grunde neokoloniale Agenda voran. Sie lenken Puerto Rico in eine ‚grüne‘ Energiezukunft, die es sich nicht ausgesucht hat – eine, die die Grundbedürfnisse seiner Bevölkerung ignoriert, die einfach nur billigen und zuverlässigen Strom braucht.“

„Das American Energy Institute begrüßt die Rücknahme der Klimaklage von Puerto Rico“, schrieb Jason Isaac, Gründer und CEO des AEI, in einer Stellungnahme an die DCNF. „Dieser entscheidende Schritt – kurz nach unserer Korrespondenz mit Gouverneurin González-Colón – zeigt, dass sie die Energiebedürfnisse von Puerto Rico über die Klimaideologie von Randgruppen stellt. Indem sie die alarmistische Lawfare-Agenda ablehnt, unterstützt die Gouverneurin Präsident Trumps Strategie der Energiedominanz und setzt sich für eine erschwingliche, zuverlässige Energieversorgung für ihre Wähler ein. Das ist ein großer Sieg für eine vernünftige Energiepolitik und die Menschen in Puerto Rico.“

Das Justizministerium von Puerto Rico reagierte nicht sofort auf die Bitte der DCNF um Stellungnahme.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2025/05/05/puerto-rico-ditches-billion-dollar-climate-lawsuit-following-trumps-blue-state-crackdown/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE